

ARBEITSGEMEINSCHAFT MITTELSTAND

WWW.ARBEITSGEMEINSCHAFT-MITTELSTAND.DE

AG Mittelstand

Selbstverständnis – Ziele – Foren

Der Mittelstand in Wirtschaft und Gesellschaft

Der Mittelstand ist Deutschlands Stärke. Er verdient eine starke Lobby: In rund 3,4 Millionen kleinen und mittelständischen Unternehmen in Deutschland sind 70 Prozent der Arbeitnehmer beschäftigt und werden 80 Prozent der Lehrlinge ausgebildet. Mittelständische Unternehmen werden in der Regel von ihren Inhabern geführt, sind als Familienunternehmen vielfach über Generationen tief verwurzelt in ihrer Region und oftmals auch auf internationalen Märkten erfolgreich.

Die Einheit zwischen unternehmerischer Entscheidung, Verantwortung und Haftung ist das Fundament für die hohe Innovations- und Leistungsdynamik, die Flexibilität und bemerkenswerte wirtschaftliche Stabilität im Mittelstand – gerade auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten.

Eine Kultur der Selbständigkeit ist in den mittelständischen Unternehmen gelebte Selbstverständlichkeit. Durch die enge wirtschaftliche wie soziale Verwurzelung engagieren sich viele mittelständische Unternehmen gesellschaftlich für das Gemeinwohl vor Ort.

Politische Interessenvertretung für den Mittelstand

Angesichts seiner Vielfalt braucht der Mittelstand umso mehr eine gebündelte Interessenvertretung. Zumal sich größere und große Unternehmen für ihre spezifischen Interessenlagen auch individuell in der Politik Gehör verschaffen können.

In diesem Sinne kooperieren die Verbände und Organisationen. Im Rahmen der AG-Mittelstand treten sie gemeinsam gegenüber Politik und Öffentlichkeit für wirtschaftliche Rahmenbedingungen ein, die es den mittelständischen Unternehmen in Deutschland erleichtern, ihre Innovations-, Wettbewerbs- und Beschäftigungspotenziale zu sichern und zu stärken.

Mittelstandspolitik, wie sie von der AG Mittelstand eingefordert wird, versteht sich dabei nicht als "Gegenveranstaltung" zu den berechtigten Interessen großer Unternehmen. Ebenso wenig darf sie als "Schutzzaunpolitik" missverstanden werden. Vielmehr geht es um eine Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, die sich an den Leitbildern der Sozialen Marktwirtschaft orientiert und die somit die effizienteste Mittelstandspolitik ist, von der alle Unternehmen Nutzen ziehen.

Innovations- und Wirtschaftskraft des Mittelstands für Zukunftsaufgaben nutzen

Die rasante technische Entwicklung, die Globalisierung, der demografische Wandel und die künftige Energieversorgung zählen zu den großen Zukunftsaufgaben unserer Volkswirtschaft. Dabei kann auf die Innovations- und Leistungskraft des Mittelstandes als verlässlichem Partner vor Ort nicht verzichtet werden. Es ist Anspruch und Auftrag des Mittelstandes, die Herausforderungen als Chance für Wachstum und Beschäftigung zu nutzen. Auftrag der Politik ist es, für passgenaue Rahmenbedingungen zu sorgen, die es dem Mittelstand ermöglichen, seine Potenziale zu entfalten und damit zu Wohlstand und Zusammenhalt der Gesellschaft beizutragen. Vor diesem Hintergrund erwartet der Mittelstand von der Politik:

Innovationsfähigkeit stärken

- **Bildung und Qualifizierung**

Nur durch umfassende Qualifikation von Beschäftigten und Unternehmern kann Deutschland die herausragende Qualität seiner Produkte und Leistungen sowie seine Innovationsfähigkeit im globalen Wettbewerb erhalten und seine hohen sozialen Standards sichern. Der beruflichen Ausbildung im Dualen System - wie auch der Weiterbildung - mit ihren hohen Qualifikationsstandards und ihrem passfähigen Anschluss an den Arbeitsmarkt kommt in diesem Zusammenhang ein hoher Stellenwert zu. Es gilt, die strukturellen Voraussetzungen der beruflichen Bildung im nationalen und europäischen Kontext zu erhalten und zu stärken, das hohe Qualifikationsniveau zu sichern und die bildungspolitischen Grundlagen für Ausbildungsfähigkeit und lebenslanges Lernen zu schaffen.

- **Fachkräftesicherung**

Die Sicherung des Fachkräftebedarfs ist die zentrale Herausforderung der kommenden Jahrzehnte. Wirtschaft, Politik und Gesellschaft sind gemeinsam gefordert, alle Erwerbspotenziale zu aktivieren. Neben einer ambitionierten Bildungspolitik erwartet der Mittelstand von der Politik, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, die Beschäftigungsfähigkeit älterer Arbeitnehmer aktiv zu unterstützen und die Vermittlung Arbeitsloser zu intensivieren.

Faire Wettbewerbschancen schaffen

- **Unternehmensfinanzierung**

Ein gesicherter Zugang zu langfristigen Finanzierungsquellen ist unverzichtbare Voraussetzung für Wachstum und Entwicklung im Mittelstand. Die Unternehmen bauen dabei auf die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Mittelstandsfinanzierern in der deutschen Kreditwirtschaft. Europäische Bestrebungen zur Regulierung der Banken dürfen den Kreditzugang und die Langfristigkeit der Kreditvergabe im Mittelstand nicht beeinträchtigen. Die stabilitätsfördernden Strukturen und die institutionelle Vielfalt des deutschen Bankensystems mit seinem Hausbankenprinzip müssen erhalten bleiben. Sie sind integraler Bestandteil der nachhaltigen, mittelständischen Finanzierungskultur.

- **Steuerpolitik**

Leistung muss sich für alle lohnen, unabhängig von der Unternehmensgröße und deren Rechtsform. In der Steuerpolitik dürfen nicht einseitig die – durchaus berechtigten – Interessen der im globalen Wettbewerb stehenden großen Kapitalgesellschaften berücksichtigt werden. Vielmehr muss die Steuerpolitik auch dafür sorgen, dass die Finanzierungsbasis der vorrangig als Personengesellschaften firmierenden mittelständischen Unternehmen gestärkt wird. Dazu gehören u.a. eine Reform der Einkommensteuer mit Verbesserungen bei der Behandlung im Unternehmen belassener und re-investierter Gewinne (Thesaurierung) sowie substanzielle Vereinfachungen im Steuerrecht. Die kalte Progression ist ebenso Gift für die Leistungskraft des Mittelstands wie der Steuerzugriff auf die Unternehmenssubstanz.

- **Energiepolitik**

Die internationale Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Mittelstands hängt entscheidend von einer verlässlichen und sicheren Energieversorgung zu vertretbaren Kosten ab – gerade unter den Vorzeichen der Energiewende. Wirkungsvolle Anreize für Investitionen in die Energieeffizienz, ein kostensensibler und marktorientierter Ausbau der erneuerbaren Energien, zügiger Netzausbau, Modernisierung des konventionellen Kraftwerksparks, mehr Wettbewerb auf den Energiemärkten und eine faire Verteilung der Lasten müssen die Energieversorgung und deren Bezahlbarkeit gewährleisten.

- **Sozialpolitik**

Mittelständische Unternehmen produzieren und dienstleisten sehr arbeitsintensiv. Daher sind sie von den Kosten der sozialen Sicherungssysteme in Form der Sozialversicherungsbeiträge besonders betroffen. Sozialpolitische Reformen müssen die Sicherungssysteme demographiefest machen und den Faktor Arbeit entlasten. Das erfordert mehr Eigenverantwortung in

der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung, die Abkoppelung der Beitragszahlungen von der Lohnhöhe durch Einführung einkommensunabhängiger Pauschalprämien sowie die konsequente Umsetzung der verlängerten Lebensarbeitszeit.

- **Bürokratieabbau**

Trotz erster Erfolge haben die Betriebe nach wie vor mit zu viel Bürokratie zu kämpfen. Der Mittelstand erwartet daher einen entschlosseneren Einsatz der Politik beim Abbau von Bürokratie. Zudem muss "Think small first" zum Leitbild wirtschaftsrelevanter Gesetzgebung und Regulierung werden. Je weniger die Unternehmen mit Bürokratie belastet werden, desto mehr können sich Mittelständler auf ihre Kernaufgaben konzentrieren: Produktion und Dienstleistung, Beschäftigung und Innovation.

- **Infrastruktur**

Verkehrswege, Energiestrassen, Breitbandnetze, Wasserversorgung, Gewerbeflächen, Schulen und Forschungseinrichtungen ... eine angemessene Ausstattung und Qualität der Infrastruktur ist längst keine Selbstverständlichkeit mehr. Das beeinträchtigt nicht nur Mobilität und Erreichbarkeit. Auch die Wettbewerbsfähigkeit und die Wachstumschancen der deutschen Wirtschaft geraten in Gefahr. Zudem muss die Umsetzung von Infrastrukturprojekten schneller gehen – vor allem angesichts der großen Herausforderung der Energiewende. Aus Betroffenen müssen viel stärker Beteiligte werden – zum Beispiel durch eine transparente Verfahrensgestaltung.

Europa als Werte- und Wirtschaftsgemeinschaft stärken

- **Eigenverantwortung und Subsidiarität**

Europa ist eine große Chance für seine Mitgliedstaaten, seine Unternehmen und Bürger: Seit 60 Jahren sichert Europa Frieden und Freiheit, schafft Beschäftigung und Wohlstand. Der deutsche Mittelstand steht zur Europäischen Union als Fundament einer gemeinsamen Werte- und Rechtsgemeinschaft und zum Euro als gemeinsamer Währung. Eigenverantwortung und Subsidiarität müssen erkennbar die Grundlage dieses in Vielfalt geeinten Europas bleiben.

- **Handlungsfelder europäischer Politik**

Einige wichtige Herausforderungen können jedoch nur überwiegend im europäischen Kontext bewältigt werden: Die Vollendung des europäischen Binnenmarktes, ein bürokratiearmes Gesellschaftsrecht, ein integrierter und vernetzter Energiebinnenmarkt, leistungsfähige und bezahlbare

Verkehrsinfrastruktur. Zudem sollte sich die EU für leistungsfähige Systeme der beruflichen Bildung und Weiterbildung in den Mitgliedstaaten einsetzen. Auch international wird die EU immer stärker als Akteur gefragt sein, z.B. für die sichere und bezahlbare Versorgung mit Rohstoffen. Weltweit sollte die EU für offene Märkte und Freihandel eintreten.

Foren der AG Mittelstand

Die in der Arbeitsgemeinschaft Mittelstand kooperierenden Organisationen repräsentieren die kleinen und mittleren Unternehmen aus Handel, Handwerk, Industrie, Dienstleistung, Gastronomie und Hotellerie, Freien Berufen sowie Sparkassen und Genossenschaftsbanken.

Aufgrund ihrer breiten Fundierung in den mittelständisch geprägten Branchen und des Engagements mittelständischer Unternehmer in der Willensbildung der beteiligten Verbände verfügt die AG Mittelstand bei der Bündelung mittelständischer Interessen über eine umfassende Basis und originäre Kompetenz.

Eine zentrale Plattform der AG Mittelstand ist der seit 2003 gemeinsam herausgegebene "Jahresmittelstandsbericht", dessen Veröffentlichung durch einen Parlamentarischen Abend flankiert wird. Mit gemeinsamen Positionspapieren, Pressemitteilungen und fachbezogenen Workshops mit der Politik tritt die AG Mittelstand für ihre mittelstandspolitischen Anliegen ein.

Die Webseite www.arbeitsgemeinschaft-mittelstand.de dient zur Hinterlegung gemeinsamer Ausarbeitungen und als Visitenkarte im Internet mit Drehscheibenfunktion.

Die Federführung wird einvernehmlich nach fachlichen Gesichtspunkten und im turnusgemäßen Wechsel verteilt – ebenso wie die Ausrichtung des Parlamentarischen Abends, um auch auf diesem Wege nach außen den Charakter der Kooperation zu dokumentieren.

Ausdrückliches Ziel der AG Mittelstand ist die Stärkung mittelständischer Interessenvertretung auf europäischer Ebene. Dem dient eine intensive Zusammenarbeit der AG-Mittelstand-Organisationen in Brüssel sowie im Rahmen bestehender europäischer Allianzen.

Verbände der AG Mittelstand

BFB

Der BFB als Spitzenorganisation der freiberuflichen Kammern und Verbände vertritt die Interessen der knapp 1,2 Millionen selbstständigen Freiberufler. Diese beschäftigen über 3,1 Millionen Mitarbeiter – darunter ca. 125 Tausend Auszubildende. Gemeinsam mit ihren Mitarbeitern erwirtschaften Freiberufler einen Jahresumsatz von rund 350 Mrd. Euro. Sie steuern somit 10,1 Prozent oder jeden zehnten Euro zum Bruttoinlandsprodukt bei. Derzeit sind 64 Organisationen Mitglied im BFB.

Bundesverband der Freien Berufe

Reinhardtstr. 34 . 10117 Berlin

BGA

Der Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA) vertritt als Dachverband 120.000 Unternehmen des Groß- und Außenhandels sowie unternehmensnahe Dienstleister mit rund 1,2 Millionen Beschäftigten und 75.000 Auszubildenden, die einen Jahresumsatz von 1,5 Billionen Euro erwirtschaften. Das BGA-Netzwerk bündelt das Know-how von 43 Branchen- und 26 Landes- und Regionalverbänden und setzt sich vor Ort, in Berlin und Brüssel sowie in über 100 Organisationen weltweit ein für die Interessen seiner Mitglieder.

Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V.

Am Weidendamm 1A . 10117 Berlin

BVR

30 Mio. Kunden, 17 Mio. Mitglieder, mehr als 180 Tsd. Mitarbeiter – das sind die Merkmale der 1.100 Volksbanken und Raiffeisenbanken. Als tragende Säule des Kreditgewerbes und wichtiger Faktor der Wirtschaft sind sie mit einem dichten Bankstellennetz in ganz Deutschland vertreten. Dem Mittelstand in seiner ganzen Breite ist die genossenschaftliche Bankengruppe traditionell besonders verbunden.

Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken

Schellingstraße 4 . 10785 Berlin

DEHOGA

Der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA Bundesverband) ist der Branchenverband der Hoteliers und Gastronomen in Deutschland. Hinter dem DEHOGA steht mit dem Gastgewerbe ein starkes Stück mittelständischer Wirtschaft: Über 1,6 Millionen Beschäftigte und rund 80 Tsd. Auszubildende in 230 Tsd. gastgewerblichen Betrieben erwirtschaften einen Jahresumsatz von ca. 65 Mrd. Euro.

Deutscher Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA Bundesverband)

Am Weidendamm 1A · 10117 Berlin

DIHK

Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) übernimmt als Dachorganisation im Auftrag und in Abstimmung mit den IHKs die Interessenvertretung der gewerblichen deutschen Wirtschaft gegenüber den Entscheidern der Bundespolitik und den europäischen Institutionen. Über drei Millionen gewerbliche Unternehmen sind gesetzliche Mitglieder der IHKs. Zudem koordiniert der DIHK das Netz der Deutschen Auslandshandelskammern, die an 120 Standorten in 80 Ländern die bilateralen außenwirtschaftlichen Beziehungen fördern.

Deutscher Industrie- und Handelskammertag e.V.

Breite Straße 29 · 10178 Berlin

DRV

Der Deutsche Raiffeisenverband e.V. (DRV) vertritt die wirtschafts- und agrarpolitischen Interessen der Raiffeisen-Genossenschaften, die in der Erfassung, Verarbeitung und Vermarktung tierischer und pflanzlicher Erzeugnisse sowie der Nahrungsmittel-Produktion tätig sind. Angeschlossen sind dem DRV 7 regionale Verbände und rd. 2500 Genossenschaften mit einem addierten Jahresumsatz von insgesamt 50 Mrd. Euro. Die Raiffeisen-Genossenschaften werden von rd. 550 Tsd. Mitgliedern getragen; sie beschäftigen 80 Tsd. Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen.

Deutscher Raiffeisenverband e.V.

Pariser Platz 3 · 10117 Berlin

DSGV

Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband (DSGV) ist der Dachverband der Sparkassen-Finanzgruppe. Die Sparkassen-Finanzgruppe ist mit 600 Unternehmen dezentral im Markt tätig. Sie bietet ihren 51 Millionen Kunden mit einem flächendeckenden Netz von über 15.400 Geschäftsstellen moderne Finanzdienstleistungen in allen Regionen an. Mit dieser Strategie der örtlichen Nähe erfüllen die Institute im Wettbewerb ihren öffentlichen Auftrag. Der DSGV vertritt die Interessen von 423 Sparkassen, 8 Landesbanken, 10 Landesbausparkassen, 11 öffentlichen regionalen Erstversicherungsgruppen und zahlreichen weiteren Finanzdienstleistungsunternehmen.

Deutscher Sparkassen und Giroverband (DSGV)

Charlottenstr. 47 . 10117 Berlin

HDE

Der Handelsverband Deutschland (HDE) ist die Spitzenorganisation des deutschen Einzelhandels. Insgesamt erwirtschaften in Deutschland 400.000 Einzelhandelsunternehmen mit drei Millionen Beschäftigten einen Umsatz von über 420 Mrd. Euro jährlich.

Handelsverband Deutschland

Am Weidendamm 1A . 10117 Berlin

ZDH

Der Zentralverband des Deutschen Handwerks vertritt als Spitzenorganisation über eine Million Handwerksbetriebe mit rund 5,2 Mio. Beschäftigten, fast 420 Tsd. Lehrlingen und mehr als 500 Mrd. Euro Jahresumsatz. Im ZDH sind die 53 deutschen Handwerkskammern, 38 Branchenverbände sowie die wirtschaftlichen Einrichtungen des Handwerks zusammengeschlossen.

Zentralverband des Deutschen Handwerks

Mohrenstr. 20/21 . 10117 Berlin

DER MITTELSTANDSVERBUND

DER MITTELSTANDSVERBUND – ZGV e.V. vertritt als Spitzenverband der Deutschen Wirtschaft in Berlin und Brüssel die Interessen von ca. 230.000 mittelständischen Unternehmen, die in rund 320 Verbundgruppen organisiert sind. Die kooperierenden Mittelständler erwirtschaften mit 2,5 Mio. Vollzeit-beschäftigten einen Umsatz von mehr als 460 Mrd. Euro (rund 18 Prozent des BIP) und bieten 440.000 Ausbildungsplätze.

DER MITTELSTANDSVERBUND – ZGV e.V.

Am Weidendamm 1A . 10117 Berlin
